

Die Coronakrise

Stimulanz für die Große Transformation?



Inhaltsverzeichnis

Coronatologie

Einstiege 12

Zwischen Restauration und Transformation 19
 Corona-Pandemie und nachhaltige Entwicklung
Von Cornelia Soetbeer und Markus Große Ophoff

Infektionsgeschehen

Zwei auf einen Streich 28
 Covid-19 und die Transformation zur CO₂-Netto-Null
Von Grischa Perino

Lasst uns aus der Coronakrise lernen! 34
 Zum Verhältnis von Umweltwissenschaften und Politik
Von Julia Hertin

Überbrückungskredite allein reichen nicht 38
 Konjunkturprogramme und Zukunftsfähigkeit
Von Jan Peter Schemmel und Katja Schumacher

Symptome

- 46 Zwangsverkehr abschaffen**
Corona-Lehren für die Mobilitätswende
Von Weert Canzler und Andreas Knie
- 52 Ein Virus als Katalysator**
Umweltpolitik und Digitalisierung
Von Holger Berg und Stephan Ramesohl
- 59 „Die Finanzialisierung zurückdrehen“**
Über Systemrelevanz und Geschlechtergerechtigkeit
Ein Interview mit Maja Göpel
- 63 Fünf Lehren aus der Coronakrise**
Katastrophenmanagement und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit
Von Vera Künzel und Laura Schäfer
- 69 Therapie mit schweren Nebenwirkungen**
Corona und die Folgen für Welternährung und Weltgesundheit
Von Stig Tanzmann

Prophylaxe

- 76 One Health**
Integrierter Gesundheitsschutz von Mensch, Tier und Umwelt
Von Tatjana P. Liedtke, Claudia Hornberg und Timothy Mac Call
- 82 Lessons learned**
Deutsche Klimaanpassungspolitik nach Corona
Von Angela Oels, Sofie Sämann und Esther Hoffmann
- 88 Traut Euch!**
Lehren für die Große Transformation
Von Reinhard Loske

Impulse

Projekte und Konzepte 95

Medien 104

Spektrum Nachhaltigkeit

Auf der Suche nach einer Landebahn 110

Anmerkungen zur Atommüllagersuche

Von Edo Günther, Juliane Dickel und Jan Warode

Kiel ist Vorreiterin 115

Zero-Waste-Strategien

Von Carina Koop, Henning Wilts und Norbert Kopytziok

Vorsicht, Wende! 119

Schwächen und Perspektiven der Transformationskultur

Von Uta von Winterfeld

Ein gutes Leben für alle Geschöpfe 123

Plädoyer für Tierwohl aus Sicht der Tier- und Pflanzenwelt

Von Justina A.V. Fischer

Rubriken

Editorial 7

Inhalt 9

Impressum 128

Vorschau 129

Für die gute Zusammenarbeit
und die finanzielle Unterstützung
danken wir der Deutschen
Bundesstiftung Umwelt.



Corona-Pandemie und nachhaltige Entwicklung

Zwischen Restauration und Transformation

Egal ob die Corona- oder die verschiedenen Umweltkrisen – um sie bewältigen zu können, braucht es rasches und tiefgreifendes Handeln auf verschiedenen Ebenen. Die gute Nachricht: Die Alternativen sind längst da, sie müssen nur endlich konsequent umgesetzt werden. Dabei kann die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielen.

Von Cornelia Soetbeer und Markus Große Ophoff

— Die Corona-Pandemie hat das tägliche Leben in Deutschland sehr deutlich verändert. In kurzer Zeit wurden Dinge möglich, die vorher undenkbar schienen. Maske tragen und Abstandsregeln einhalten sind nur zwei offensichtliche Beispiele dafür. Das Arbeiten im Homeoffice wurde in einem spontanen Großversuch erprobt, Geschäftsreisen durch Videokonferenzen ersetzt, die sich seitdem in vielen Büros zu einem Standardtool entwickelt haben. Auch im Verkehrssektor sind plötzlich Experimente möglich. In vielen Städten lässt sich auf den Straßen der nötige Abstand kaum einhalten – Pop-up-Radwege schaffen Abhilfe (vgl. S. 46 ff.). Es stellt sich daher die Frage: Welche Lehren können wir aus der Coronakrise für eine nachhaltige Entwicklung ziehen? Kann durch die Pandemiebewältigung Schwung in die Lösung drängender Fragen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie Erhalt der Biodiversität kommen? Oder wird durch die Pandemie so viel Aufmerksamkeit und Kapital gebunden und in nicht nachhaltige Bereiche und Technologien gelenkt, dass zukunftsweisende Investitionen auf der Strecke bleiben?

Für eine erste Einschätzung der Stimmungslage hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa zum Thema Nachhaltigkeit in der Coronakrise durchführen lassen. (1) Dafür wurden vom 27. bis 30. April 2020 – also zum Höhepunkt des Lockdowns – insgesamt 1.029 Personen ab 14 Jahren befragt. Die Ergebnisse sind eindeutig: Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass beide Krisen gemeinsam angegangen werden. Über die Hälfte der Befragten (59 %) waren der Meinung, dass die Klimakrise langfristig gesehen größere Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben wird als die Corona-Pandemie. Die Menschen haben ein gutes Gespür dafür, dass konsequentes Engagement für den Klimaschutz keinen Aufschub duldet. Die Dimension des Problems sehen sie angesichts aktueller Krisen als gewaltig an. Zugleich ist das auch ein dringender Appell, Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften zusammenzudenken.

Unterschiedliche Wahrnehmung der Krisen

Die Corona-Pandemie lenkt den Blick auf grundlegende Fragen der Menschen. Es geht um Leben und Tod. Die Bilder aus den Krankenhäusern und Intensivstationen sowie von Massengräbern machen eindrücklich klar: Diese Krankheit kann das eigene Leben und das Leben von Menschen, die einem wichtig sind, bedrohen. Diese persönliche Betroffenheit war vor allem in der Anfangsphase der Pandemie ein starker Treiber: einerseits für die politisch Verantwortlichen, um schnell und konsequent Maßnahmen zu ergreifen, andererseits für die hohe Bereitschaft in der Bevölkerung, ergriffene Maßnahmen zu akzeptieren.

Auch Umweltprobleme bedrohen das Leben von Menschen. Hier sind die Wirkungen jedoch indirekter und es ist nur statistisch nachweisbar, wie viele Menschen durch Hitzewellen, Luftschadstoffe oder den Verlust von Lebensraum gefährdet werden. Zudem wird der klare Trend bei der Erderwärmung durch die Schwankungsintensität des Wetters überdeckt. Auch in der Klimakrise gibt es neben den Bränden in Kalifornien, Australien und in der Arktis aufgrund von Dürre und Hitzewellen mal kalte und regnerische Tage. Trotz der gigantischen Eismassen, die in Grönland und in der Antarktis abschmelzen, steigt der Meeresspiegel zwar konstant und kontinuierlich, aber so langsam, dass es sich unserer alltäglichen Wahrnehmung

entzieht. Nur wissenschaftliche Untersuchungen können den Trend beschreiben und mithilfe von Zahlen und Grafiken darstellen. Die Wirkung auf den Menschen bleibt daher meist abstrakt. Es lässt sich nur selten einwandfrei belegen, dass ein Mensch aufgrund des Klimawandels gestorben ist. Am besten erfassbar ist der Klimawandel dann, wenn er sich in Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Waldbränden und Hitzewellen in Verbindung mit Dürren oder Wirbelstürmen zeigt. Zwar gibt es klare Messzahlen wie die Erderwärmung und den Anstieg der Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre und als Konsequenz hieraus das im Jahr 2015 von der Weltgemeinschaft beschlossene Ziel von Paris: Die Erderwärmung soll deutlich unter zwei Grad, möglichst unter 1,5 Grad Celsius gehalten werden. Aber die Bereitschaft der Menschen, das durchaus vorhandene Wissen um den Klimawandel in entsprechendes Handeln im Alltag zu übersetzen, bleibt aufgrund des höheren Abstraktionsgrades geringer als in der Corona-Krise.

**„ Die Menschen haben ein gutes Gespür dafür,
dass konsequentes Engagement für
den Klimaschutz keinen Aufschub duldet.
Die Dimension des Problems sehen sie
angesichts aktueller Krisen als gewaltig an.“**

Beim Schwund der biologischen Vielfalt ist die Sachlage noch abstrakter. Hier gibt es noch nicht einmal die vergleichbaren genauen Messzahlen wie beim Klimawandel und damit auch keinen eindeutigen Zahlenwert für ein weltweit gültiges Ziel zur Eindämmung des Artenschwundes. Dies ist sicherlich einer der wesentlichen Gründe, warum die Biodiversitätskrise bisher im öffentlichen Diskurs kaum stattfindet. Der Verlust der biologischen Vielfalt stellt jedoch eine ebenso existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar wie der Klimawandel. Denn mit der Zerstörung

der Biodiversität nehmen die Ökosystemleistungen – also die von der Natur bereitgestellten Leistungen wie etwa der Zugang zu Wasser – stetig ab. Dabei sind diese für das menschliche Leben unverzichtbar.

Zudem ist die Naturzerstörung eine wesentliche Ursache für die vermehrte Ausbreitung von Krankheiten. So sind die Corona-Pandemie und der Verlust biologischer Vielfalt über die Zoonosen und ihren Übertragungsweg von Infektionskrankheiten vom Tier auf den Menschen eng miteinander verknüpft (vgl. S. 76 ff.).

Die Große Beschleunigung

Eins haben beide Krisen aber gemeinsam. Eine ihrer wesentlichen Ursachen ist die seit den 1950er-Jahren wahrnehmbare sogenannte Große Beschleunigung. (2) Viren können sich durch die stark gestiegene Mobilität und die immer dichter zusammenlebende, fast acht Milliarden Menschen umfassende Weltbevölkerung in rasanter Geschwindigkeit weltweit ausbreiten.

Die Große Beschleunigung ist gleichzeitig auch ein wesentlicher Treiber der Klima- und Umweltprobleme. Die Zunahme der Weltbevölkerung ist mit einer wachsenden Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen pro Person gekoppelt. Umweltparameter wie CO₂-Emissionen, Energieverbrauch, Phosphor- und Stickstoffemissionen, Verkehr und viele weitere befinden sich seit Jahren in stetigem, oft sogar exponentiellem Wachstum. Die bisher ergriffenen Maßnahmen konnten diese Beschleunigung nicht stoppen, sondern höchstens bremsen. Von einem Rückgang der Umweltbelastungen sind wir, wie das Beispiel der CO₂-Emissionen zeigt, noch weit entfernt. Wissenschaftlich ist diese Problematik sowohl für Pandemien als auch für die Umweltzerstörung bekannt. Pandemiepläne wurden erarbeitet und liegen in den Schubladen. Sie betonen die Vorsorge, um die Resilienz im Falle eines Ausbruchs zu stärken. Auch in der Kunst, der Literatur und im Film werden diese Themen behandelt. Es gibt Kinofilme, die den Verlauf einer Pandemie erstaunlich genau beschreiben. Und doch kam die Corona-Pandemie für die meisten Menschen überraschend und traf auf eine erstaunlich wenig vorbereitete Gesellschaft.

Ähnlich verhält es sich mit der Klimakrise: Seit den 1970er-Jahren beschäftigen sich weltweit Wissenschaftler(innen) ausgiebig mit dem Klimawandel. Seit 2015 gibt es das Pariser Klimaabkommen. Die nationalen Parlamente und Regierungen haben

meist schnell Grundsatzbeschlüsse zu ihren Zielen getroffen. Denn spätestens seit dem Stern-Report aus dem Jahr 2006, der von dem ehemaligen Weltbank-Chef-ökonom Nicholas Stern im Auftrag der britischen Regierung erstellt wurde, wissen wir, dass es deutlich günstiger ist, jetzt Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen, anstatt später die viel höheren Kosten für Anpassungsmaßnahmen zu übernehmen. Es gibt durchgerechnete Konzepte, vielfältige wissenschaftliche Arbeiten und zahlreiche umweltfreundliche Technologien. Auch hier zeigt sich: Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem!

Wertediskurs angehen

In der Corona-Pandemie war schnell klar und ist bis heute Konsens: Wenn es um viele Kranke und Tote geht, müssen wir wirtschaftliche Einbußen in Kauf nehmen. Die zentrale Bedeutung der vielen Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, drang ins öffentliche Bewusstsein. Sie wurden als systemrelevant erkannt (vgl. S. 59 ff.). Zudem wurde deutlich: Die von der Krankheit sehr viel weniger betroffenen jungen Menschen müssen Einschränkungen in Kauf nehmen, um die älteren und verwundbareren Menschen zu schützen.

Einen solchen Wertediskurs braucht es auch beim Thema Nachhaltigkeit – unter umgekehrten Vorzeichen: Beim Klimaschutz gehen die jungen Menschen auf die Straße und fordern mehr Engagement, konsequentes Handeln und die Einhaltung der in Paris beschlossenen Klimaziele. Diese Generation wird zum Teil das Jahr 2100 noch erleben, in dem es ohne Klimaschutzmaßnahmen rund vier Grad Celsius wärmer auf der Erde sein würde. Die Umsetzung fordern sie von der älteren Generation, die derzeit Entscheidungsträger(innen) in Politik und Wirtschaft sind. Hier wird also Solidarität der Älteren mit den Jüngeren gefordert. Es geht um Gerechtigkeit. Um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und um die Gerechtigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Denn die Industrieländer waren und sind hauptsächlich für die Inanspruchnahme der Natur verantwortlich. Entwicklungsländer beanspruchen die Natur deutlich weniger, leiden aber vergleichsweise stärker unter dem Klimawandel (vgl. S. 63 ff.).

Zur Lösung der Krisen braucht es einen radikalen Wechsel von Verhaltensmustern und gesellschaftlichen Handlungsmodellen. Hier gibt es einen wesentlichen Un-

terschied zwischen Corona-Pandemie und Nachhaltigkeitsproblemen: Während die Lösung der Corona-Krise mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden ist, gibt es bei der Lösung von Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrisen immer auch Chancen für die Wirtschaft. Regenerative Energien schaffen Einkommen und Arbeitsplätze. Die Preise sind mittlerweile so stark gesunken, dass regenerative Energien oft günstiger sind als neu errichtete fossile Kraftwerke (vgl. S. 28 ff.). Firmen und ganze Branchen leben von neuen Geschäftsmodellen, um Ressourcen einzusparen oder im Kreislauf zu wirtschaften. Nachhaltige Landwirtschaft sowie vegetarische und vegane Lebensmittel sind ein Wachstumsmarkt. Neben den Problemen der alten konventionellen Wirtschaft eröffnen sich zahlreiche Chancen für eine innovative Wirtschaft.

Gerade in Deutschland mit seinen breit aufgestellten wissenschaftlichen und technischen Grundlagen sind die Voraussetzungen für eine nachhaltige Transformation hervorragend. Zudem gibt es ein hohes Vertrauen in die Methoden, Analysen und Ergebnisse aus der Wissenschaft (vgl. S. 88 ff.). Dies muss nun in einen zukunftstauglichen Wandel übersetzt werden. Dazu braucht es Innovationen, aber nicht nur technologische, sondern vor allem auch soziale, gesellschaftliche und regulatorische.

Zivilgesellschaft als Katalysator

Unabhängige Institutionen aus der Zivilgesellschaft wie NGOs, Thinktanks und Stiftungen können glaubhaft Kommunikationsplattformen schaffen und als Vermittler(innen) zwischen konträren Positionen auftreten. Sie bringen verschiedene Akteurinnen und Akteure an einen Tisch und tragen dazu bei, dass gegensätzliche gesellschaftliche Gruppen miteinander kommunizieren. Und sie können dafür sorgen, dass gute Beispiele („Best Practices“) verbreitet und nachgeahmt werden.

Zivilgesellschaftliche Institutionen haben in der aktuellen Krise nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass wir es mit einer Überlagerung und einer Konkurrenz der Krisen zu tun haben. Sie haben mit anderen Akteur(inn)en gemeinsam dafür gesorgt, dass die Corona-Pandemie den Blick auf die Klimakrise nicht verstellt, bei der die Zukunft des Planeten auf dem Spiel steht – oder vielmehr die Zukunft der Menschheit selbst. So wurden mit Blick auf das geplante, viele Milliarden

Euro schwere Konjunkturpaket schnell Stimmen laut, die zu verhindern suchten, dass Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Konjunktur getroffen werden, die notwendigen Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgase entgegenstehen. Die Forderung nach Investitionen in Technologien der Zukunft blieben zumindest nicht ungehört (vgl. S. 38 ff.). Bei aller berechtigten Kritik an dem Paket – die diskutierte Abwrackprämie, wie wir sie aus der Finanzkrise von 2008 kennen, kam nicht, es wurden neun Milliarden für die Wasserstoffwirtschaft bereitgestellt und die EEG-Umlage gesenkt.

Auch die DBU hat Ende März 2020 Vertreter(innen) zentraler Institutionen und Beiräte wie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) oder des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) auf einer digitalen Diskussionsplattform zusammengebracht, um zu beraten, wie sich die aktuelle Krise nutzen lässt, um den Weg zu einer nachhaltigeren Gesellschaft positiv zu gestalten. Innerhalb weniger Wochen wurden neun Projekte auf den Weg gebracht, die sich mit verschiedenen Aspekten und Perspektiven zum Zusammenhang zwischen Corona und Nachhaltigkeit beschäftigen: längerfristige Vorhaben, die aus sozialwissenschaftlicher Perspektive die aktuelle Situation empirisch erforschen und die Daten mit vorhandenen Datensätzen aus der Zeit vor Corona vergleichen; kurzfristige, politikberatende Projekte zur Ausgestaltung der konjunkturfördernden Maßnahmen sowie Vorhaben zu digitalen Lösungsansätzen, zu Themen wie Resilienz von Quartieren und Wertschöpfungsketten, aber auch zu übergeordneten Fragen des Wirtschaftens und alternativökonomischen Ansätzen. Einige der Ergebnisse finden sich in dieser Ausgabe der *politischen ökologie*.

Krisen als Chance nutzen

Die Pandemie hat zwar brennglasartig Missstände sichtbar gemacht – etwa nicht resiliente Lieferketten, Abhängigkeiten bei systemrelevanten Gütern, Unzulänglichkeiten bei systemrelevanten Berufen sowie Zielkonflikte wie das Zusammenspiel von Wirtschaft versus Gesundheit oder nachhaltige Entwicklung. Damit hat sie uns die Verletzlichkeit von Gesellschaften vor Augen geführt. Es existieren jedoch weit aus mehr Konfliktfelder für eine nachhaltige Entwicklung, die wir angehen müssen. Die Coronakrise bietet neben allen Gefahren und Schwierigkeiten aber auch die

Chance, den Wandel zu einer klimafreundlicheren und resilienteren Gesellschaft voranzutreiben: mit finanziellen Mitteln, die freigesetzt werden, und mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die zu dauerhaften Verhaltensänderungen hin zu einem nachhaltigeren Lebensstil führen können. Sie kann ein Startpunkt für die notwendigen sozialen, gesellschaftlichen und regulatorischen Innovationen sein. _____

Anmerkungen

(1) Repräsentative Umfrage: DBU-Umweltmonitor „Corona-Folgen“, www.dbu.de/coronafolgen

(2) Steffen, W./ W. Broadgate/ L. Deutsch/ O. Gaffney/ C. Ludwig (2015): The trajectory of the Anthropocene: The great acceleration. In: The Anthropocene Review 2; S. 81–98.



Wie lautet Ihre Zauberformel für das Überstehen eines Lockdowns?

- a) Für eine schöne Aussicht hinter dem Laptop sorgen!
- b) In jeder Krise liegen Chancen. Die sollte man erkennen und nutzen.

Zu den Autor(inn)en

a) Dr. Cornelia Soetbeer, geb. 1973, ist promovierte Philologin. Sie leitet die Abteilung

Umweltkommunikation und Kulturgüterschutz der DBU in Osnabrück.

b) Prof. Dr. Markus Große Ophoff, geb. 1961, ist Honorarprofessor für Veranstaltungsmanagement und Nachhaltigkeitskommunikation an der Hochschule Osnabrück. Zudem ist er Fachlicher Leiter des DBU Zentrums für Umweltkommunikation (ZUK).

Kontakt

Dr. Cornelia Soetbeer
Prof. Dr. Markus Große Ophoff
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
E-Mails c.soetbeer@dbu.de
m.grosse-ophoff@dbu.de

Die Coronakrise gleicht einer Stunde der Wahrheit, die schonungslos die Verletzlichkeit unserer globalisierten Art zu wirtschaften und zu leben offenlegt. Sie verstärkt soziale und ökologische Herausforderungen, die ohnehin vor uns liegen. Die gute Nachricht: Egal ob Artenschwund, Klimawandel oder die Kluft zwischen Arm und Reich – beim Umgang mit den Folgen der Pandemie tun sich ungeahnte Möglichkeitsfenster für das Vorantreiben einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise auf. Wir befinden uns an einer Wegscheide, vielleicht sogar an einer Zeitenwende. Auch wenn das Alte noch kräftig mit dem Neuen ringt, scheint eine andere, bessere und solidarischere Zukunft plötzlich eher in Reichweite zu sein.

politische ökologie Die Reihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Die Welt steht vor enormen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, braucht es den Mut, ausgetretene Denkpfade zu verlassen, unliebsame Wahrheiten auszusprechen und unorthodoxe Lösungen zu skizzieren. Genau das tut die *politische ökologie* mit einer Mischung aus Leidenschaft, Sachverstand und Hartnäckigkeit. Die vielfältigen Zugänge eröffnen immer wieder neue Räume für das Nachdenken über eine Gesellschaft, die Zukunft hat.

